

**29. Tagung des
UN-Menschenrechtsrates
15.06.–03.07.2015**

Bericht und Auswertung

Inhalt

I. Zusammenfassung	2
I.2. Berichte zu thematischen Menschenrechten	5
I.3. Länderberichte	9
I.4. Universal Periodic Review	9
I.5. Podiumsdiskussionen	10
II. Resümee	10
III. Resolutionen und Entscheidungen	10
Berufung neuer Mandatsträger/innen	15

Theodor Rathgeber
Forum Menschenrechte
trathgeber@gmx.net

Jugendheimstrasse 10
34132 Kassel

I.1. Zusammenfassung

Die 29. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) schloss mit 25 Resolutionen, 15 Entscheidungen (UPR) und einer präsidentialen Erklärung zur Steigerung der Effizienz des MRR. Die Erklärung des Präsidenten (PRST 29/1) nahm sich folgender Aspekte an: die Betreiber von Resolutionen mögen über eine Wiedervorlage im Rahmen von zwei oder drei Jahren nachdenken (O[perative] P[aragraph] 1), das Präsidialbüro soll ausnahmsweise über eine kurzzeitige Mandatsverlängerung von Mandatsträger/innen der Sonderverfahren entscheiden können (OP 2), vorgeschlagene Kandidat/innen sollen beantragen können, in einer der UN Amtssprachen befragt zu werden (OP 3), das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) soll einen nutzerfreundlicheren Internetauftritt erarbeiten (OP 4), Resolutionsentwürfe sollen zukünftig fristgerecht eingereicht werden, andernfalls laufen sie Gefahr, nicht zur Abstimmung aufgerufen zu werden (OP 5). Unbeschadet kritischer Kommentare zur erweiterten Entscheidungsbefugnis des Präsidenten (OP 2) ging das Präsidialstatement ohne Abstimmung durch.

Die 29. Ratstagung prägend waren Debatten und Entscheidungen zur Migration, zur Rolle der Familie, zu Gewalt gegen Frauen, Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Menschenrechtssituation im Süd-Sudan sowie die physische Bedrohung gegen die Sonderberichterstatterin zu Eritrea, Sheila Keetharuth. Protestierende Eritreer (Gefolgsleute der Regierung) hatten sie am Eingang zum Palais des Nations tätlich angegriffen. Sie und andere Mitglieder der Untersuchungskommission zu Eritrea konnten nur unter Polizeischutz das Gelände erreichen und ihre Berichte vortragen (A/HRC/29/41, A/HRC/29/42).

Der **Hochkommissar für Menschenrechte**, Zeid Ra'ad Al Hussein, kam in seinem Bericht auf mehrere Situationen zu sprechen, die vom OHCHR mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden: u.a. Kindesmissbrauch in der Zentralafrikanischen Republik, Migration nach Europa, Syrien, Irak – wobei er kritisch vermerkte, dass die humanitäre Hilfe für rund acht Millionen Iraker/innen demnächst auf die Hälfte reduziert werden müsse, da die Regierungen nichts mehr einzahlten – Ägypten, Ostukraine, Venezuela und ebenso das Vorhaben der britischen Regierung, die 1998 eingeführte Menschenrechtsgesetzgebung (*Human Rights Act*) wieder zu kippen. Die Regierung Cameron und ihre Anhänger stören sich daran, dass durch den Human Rights Act die Europäische Menschenrechtskonvention und damit die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes Bestandteil der britischen Judikative wurde. Mit einer geplanten ‚*British Bill of Rights*‘ solle, so die Regierung, u.a. die Souveränität der britischen Gerichte wieder hergestellt werden. Der Hochkommissar berichtete darüber hinaus über die Ergebnisse einer Untersuchung zur Terrormiliz Boko Haram in Nigeria, Kamerun, Niger und Tschad.

Bereits Ende Mai hatte die Europäische Union (EU) eine **Dringlichkeitsdebatte zum Thema Migration** im Rahmen der 29. Tagung beantragt¹; die gleich am ersten Sitzungstag stattfand. Zur Eröffnung unterstrich Hochkommissar Zeid Ra'ad Al Hussein, dass Migrant/innen Unterstützung, Schutz und Respekt ihrer Würde brauchen. Mit Sorge beobachtete er, dass statt Schutz Migrant/innen sehr oft Opfer von Ausbeutung, Diskriminierung, Gewalt und harscher Abweisung würden. Er nannte als Beispiele Myanmar, Bangladesh, Thailand, Malaysia,

¹ als ob die EU meinen Aufsatz im European Yearbook on Human Rights 15 gelesen hätte; die Bemerkung kann ich mir einfach nicht verkneifen; TR.

Australien, Südafrika, die Staaten des Golf-Kooperationsrates, USA, El Salvador, Honduras, Haiti, Dominikanische Republik und die Situation auf dem Mittelmeer. Er begrüße die Beschlüsse der EU zur Nothilfe im Mittelmeer, eine stückweise definierte und auf bloße Reaktion angelegte Politik (hübsches Wortspiel mit ‚reactionary policy‘) widerspreche allerdings den Anforderungen einer globalen, auf Menschenrechten basierten Migrationspolitik. Er legte dem MRR nahe, in absehbarer Zeit eine Sondersitzung zum Thema Migration abzuhalten.

Unterstützung fanden die Ausführungen durch Podiumsvertreter/innen des Hochkommissars für Flüchtlinge, der Internationalen Organisation für Migration, der Internationalen Arbeitsorganisation sowie des Sonderberichterstatters zum Thema Migration, François Crépeau. François Crépeau hatte die Versuche, Grenzen abzuschotten, als ineffektiv und nicht nachhaltig bezeichnet (A/HRC/29/36). Die Ausgaben zur europäischen Grenzsicherung würden sich auf geradezu paradoxe Weise ins Gegenteil verkehren. Er forderte stattdessen legale Zuwanderungsmöglichkeiten für Migrant/innen. Irreguläre Migration gebe es nur dort, wo Immigration verboten sei; im übrigen eine – ungewollte – Geschäftsgarantie für Schleuser aller Art. Wie eine menschenrechtsbasierte, schlüssige und umfassende Migrationspolitik aussehen könnte, schrieb der Sonderberichterstatter der EU auf über sechs Seiten Empfehlungen ins Stammbuch (paras. 92-118).

In der Debatte zum Thema Migration unterstrich Lettland im Namen der EU, dass zuallererst Leben zu retten sei und die Ursachen der Migration angegangen werden müssten. Australien stieß ins gleiche Horn, verwahrte sich gleichzeitig gegen die kritische Beurteilung seiner Migrationspolitik durch den Hochkommissar. Human Rights Watch wies Australien allerdings nach, dass die Regierung u.a. Schleusern Geld anbietet, damit diese ihre Bootsinsassen wieder zurück bringen. Russland nahm in Bezug auf Fluchtursachen die Einflussnahme der EU in interne Angelegenheiten afrikanischer Länder aufs Korn. Italien forderte internationale Solidarität zur Bewältigung der Herausforderungen und verwies darauf, dass ein rein selbstbezogenes Europa zum Untergang verurteilt sei. Die von Mexiko eingebrachte Resolution [A/HRC/RES/]29/2 spiegelte die kritischen Aspekte insoweit wider, als in diplomatischer Sprache die vorrangig sicherheitspolitischen Elemente der Migrationspolitik als nicht zielführend dargestellt wurden.

Die **Repression** gegen **zivilgesellschaftliches Engagement** im allgemeinen und durch **Menschenrechtsverteidiger/innen** im besonderen sind aner kennenswerterweise (gleichwohl leider) Dauerthema. Im Juni kamen Fälle von inhaftierten Menschenrechtsverteidiger/innen zur Sprache sowie spezielle Risiken derjenigen, die im UPR-Verfahren aktiv sind sowie sich gegen **Korruption** engagieren. Leider hat die Resolution zum Thema Korruption (29/11) diesen Aspekt nicht aufgenommen. Zum Thema **Gewalt gegen Frauen** versuchte eine Staatengruppe um Saudi Arabien (zusammen mit Ägypten, Bahrain, Iran, Kuwait, Oman, Qatar, Russland und Vereinte Arabische Emirate) durch Änderungsanträge zur Resolution 29/14, den Bezug auf Gewalt ausgehend vom Partner (*intimate partner violence*) bzw. in der Ehe (*marital rape*) sowie eine umfassende Sexualerziehung (*comprehensive sexuality education*) aus dem Text zu streichen. Dieses Ansinnen wurde jeweils mit klarer Mehrheit zurückgewiesen (Details zur Abstimmung s. III).

Die versuchte **Aushebelung von Frauenrechten** war auch Gegenstand bei der Aussprache über den Bericht der Arbeitsgruppe zur Diskriminierung von Frauen durch Gesetzgebung und

Praxis (*Report of the Working Group on the issue of discrimination against women in law and in practice*; A/HRC/29/40). Staaten wie Russland bemängelten, die im Bericht kritisch vermerkten Argumentationsmuster zur Einschränkung von Frauenrechten auf der Grundlage von Tradition, Religion oder Kultur seien fehlerhaft oder verzerrt interpretiert dargestellt. Die Resolution 29/4 zum Thema *Elimination of discrimination against women* behielt jedoch den universalen Ansatz bei. Damit war das Thema aber nicht ausgestanden, der MRR zeigte sich wieder einmal janusköpfig.

Beim Thema ‚**Schutz der Familie**‘ beharrte eine Mehrheit des Rates auf dem Schutz der Familie als Institution und zeigte sich der Realität unzugänglich, dass innerhalb der Familie etwa Gewalt (gegen Frauen oder Mädchen) stattfindet, und dass die klassische Familienkonstellation nur eine von heute mehreren ist. Die Koalition aus Ägypten, Bangladesch, Belarus, China, Elfenbeinküste, El Salvador, Mauretanien, Marokko, Qatar, Russland, Saudi Arabien und Tunesien verweigerte sogar eine Abstimmung über den schriftlichen Änderungsantrag von Brasilien, Südafrika und Uruguay. Diese hatten einen Passus in die Resolution 29/22 aufnehmen wollen, dass es verschiedene Typen von Familien gebe. Russland beantragte die Nichtbefassung und kam mit der knappen Mehrheit von 22:21 (bei drei Enthaltungen) durch; wie übrigens im Jahr davor auch schon. Zwei andere Änderungsanträge durch Albanien, Dänemark, Norwegen und Uruguay wurden mit Mehrheit jeweils abgelehnt (s. III). Sie hatten den Begriff ‚soziale Integration‘ zum Gegenstand. Ein Trost mag sein, dass die Resolution das Hochkommissariat mit einem Bericht zum Thema beauftragt (OP 32), der zur 31. Ratstagung (März 2016) vorliegen soll. In der Vergangenheit setzten solche Berichte den instrumentellen Absichten deutlich Gegenpositionen entgegen.

In der Märztagung des Rates noch vehement umstritten, wurde im Juni die Resolution zur Einsetzung einer **Untersuchungskommission für den Süd-Sudan** im Rahmen des OHCHR beschlossen (Resolution 29/13). Das OHCHR soll eine umfassende Analyse der dortigen Menschenrechtslage anfertigen, die Verantwortlichkeiten im Konflikt darlegen und die staatlichen Behörden zu einer Kooperation mit den UN Menschenrechtsmechanismen bewegen. Die Analyse soll nicht zuletzt beurteilen, inwieweit die Maßnahmen der Regierung geeignet sind, die Strafverfolgung zu Menschenrechtsverletzungen sicher zu stellen. Insbesondere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bemängelten, dass trotz hinreichender Tatbestände kein Mandat im Rahmen der Sonderverfahren mit kontinuierlichen Monitoringfunktionen geschaffen und keine Einigung während des Tiefpunkts der Krise Anfang 2015 erzielt worden war. Nicht zum Abschluss in Form einer Resolution kam im Juni das Projekt A/HRC/29/L.20, das Meinungsfreiheit mit Blick auf künstlerische Darstellungen (*right to freedom of expression, including in the form of art*) zum Thema hatte. Die Träger der Resolution – Benin, Lettland, USA und Uruguay – zogen den Entwurf zurück. Pakistan hatte – im Namen der Organisation Islamischer Cooperation – entschiedenen Widerstand angekündigt.

Einen Haut Goût hinterließ zum einen die Resolution (29/23) zur Kompetenzstärkung und technischen Zusammenarbeit des Rates bzw. des OHCHR mit der **Ukraine**. Die Regierung der Ukraine hatte die Resolution selbst eingebracht, mit der Einladung an das OHCHR, über die Lage der Menschenrechte periodisch zu berichten. Die russische Delegation war zwar der Meinung, dass die Ukraine durchaus technische Unterstützung nötig habe, beargwöhnte aber mit einer Reihe anderer Staaten wie Brasilien, Argentinien, Paraguay oder Indonesien den instrumentellen Zugriff auf UNO-Gelder für den Staatsaufbau. Ein fader Beigeschmack hing

auch der Ablehnung an, mit der die ansonsten problemlose Resolution zum **Recht auf Bildung** (29/7) ergänzt werden sollte. China und Pakistan hatten in den achten Abschnitt zur Präambel in Anlehnung an die *Lucen Guidelines* den Schutz von Schulen und Universitäten vor Angriffen einfügen wollen (A/HRC/29/L.31). Dieser Antrag wurde mit 22 Nein-Stimmen abgelehnt. Immerhin, die USA stimmten für die Aufnahme dieser Änderung. Die von Bangladesch und den Philippinen eingebrachte Resolution zum **Klimawandel** (29/15) gibt der 31. Ratstagung im März 2016 eine Podiumsdiskussion zum Thema Klimawandel und dessen Folgen für das Recht auf Gesundheit vor.

I.2. Berichte zu thematischen Menschenrechten

Berichte der Sonderverfahren

A/HRC/29/24

Comprehensive study of the Special Rapporteur on *minority issues* on the human rights situation of Roma worldwide, with a particular focus on the phenomenon of anti-Gypsyism

A/HRC/29/25 [Report of the]

Special Rapporteur on the rights to *freedom of peaceful assembly and of association*, Maina Kiai

- A/HRC/29/25/Add.1; Addendum - Mission to Oman
- A/HRC/29/25/Add.2; Addendum - Mission to Kazakhstan
- A/HRC/29/25/Add.3; Addendum - Observations on communications
- A/HRC/29/25/Add.4; Addendum - Comments by Oman
- A/HRC/29/25/Add.5; Addendum - Comments by Kazakhstan

A/HRC/29/26

Special Rapporteur on the *independence of judges and lawyers*, Gabriela Knaul

- A/HRC/29/26/Corr.1; Corrigendum
- A/HRC/29/26/Add.1; Addendum - Mission to Qatar
- A/HRC/29/26/Add.2; Addendum - Mission to the United Arab Emirates
- A/HRC/29/26/Add.3; Addendum - Mission to Tunisia
- A/HRC/29/26/Add.4; Addendum - Mission to Portugal
- A/HRC/29/26/Add.5; Addendum - Comments by Qatar
- A/HRC/29/26/Add.6; Addendum - Comments by the United Arab Emirates
- A/HRC/29/26/Add.7; Addendum - Comments by Tunisia
- A/HRC/29/26/Add.8; Addendum - Comments by Portugal

A/HRC/29/27

Special Rapporteur on *violence against women, its causes and consequences*, Rashida Manjoo

- A/HRC/29/27/Add.1; Addendum - Mission to Honduras
- A/HRC/29/27/Add.2; Addendum - Mission to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
- A/HRC/29/27/Add.3; Addendum - Mission to Afghanistan
- A/HRC/29/27/Add.4; Addendum to the Human Right Council Thematic report of the Special Rapporteur on Violence, its Causes and Consequences (A/HRC/29/27)

A/HRC/29/30

Special Rapporteur on the right to *education*, Kishore Singh

- A/HRC/29/30/Add.1, Addendum - Mission to Bhutan
- A/HRC/29/30/Add.2, Addendum - Mission to Algeria

- A/HRC/29/30/Add.3, Addendum - Comments by Algeria

A/HRC/29/31

Special Rapporteur on *extreme poverty* and human rights, Philip Alston

- A/HRC/29/31/Add.1, Addendum - Mission to Guinea-Bissau
- A/HRC/29/31/Add.2, Addendum - Comments by Guinea-Bissau

A/HRC/29/32

Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to *freedom of opinion and expression*, David Kaye

- A/HRC/29/32/Add.1, Addendum - Observations on communications

A/HRC/29/33

Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of *physical and mental health*, Dainius Pūras

- A/HRC/29/33/Add.1, Addendum - Mission to Malaysia
- A/HRC/29/33/Add.2, Addendum - Comments by Malaysia

A/HRC/29/34

Special Rapporteur on the human rights of *internally displaced persons*, Chaloka Beyani

- A/HRC/29/34/Add.1, Addendum - Mission to Azerbaijan
- A/HRC/29/34/Add.2, Addendum - Mission to Haiti
- A/HRC/29/34/Add.3, Addendum - Mission to Ukraine
- A/HRC/29/34/Add.4, Addendum - Comments by Azerbaijan
- A/HRC/29/34/Add.5, Addendum - Comments by Haiti
- A/HRC/29/34/Add.6, Addendum - Comments by Ukraine

A/HRC/29/35

Independent Expert on human rights and *international solidarity*, Virginia Dandan

A/HRC/29/36

Special Rapporteur on the human rights of *migrants*, François Crépeau

- A/HRC/29/36/Add.1, Addendum - Mission to Sri Lanka
- A/HRC/29/36/Add.2, Addendum - Follow-up mission to Italy
- A/HRC/29/36/Add.3, Addendum - Mission to Malta
- A/HRC/29/36/Add.4, Addendum - Comments by Sri Lanka
- A/HRC/29/36/Add.5, Addendum - Comments by Italy
- A/HRC/29/36/Add.6, Addendum - Comments by Malta

A/HRC/29/37

Special Rapporteur on *extrajudicial, summary or arbitrary executions*, Christof Heyns

- A/HRC/29/37/Add.1, Addendum - Mission to Papua New Guinea
- A/HRC/29/37/Add.2, Addendum - Mission to Gambia
- A/HRC/29/37/Add.3, Addendum - Follow-up to country recommendations - India
- A/HRC/29/37/Add.4, Addendum - Follow-up to country recommendations - Turkey
- A/HRC/29/37/Add.5, Addendum - Observations on communications
- A/HRC/29/37/Add.6, Addendum - Comments by Gambia
- A/HRC/29/37/Add.7, Addendum - Comments by Turkey

A/HRC/29/38

Special Rapporteur on *trafficking in persons*, especially women and children, Maria Grazia

Giammarinar

- A/HRC/29/38/Add.1, Addendum - Mission to Malaysia
- A/HRC/29/38/Add.2, Addendum - Second consultative meeting on strengthening partnerships with national rapporteurs on trafficking in persons and equivalent mechanisms

A/HRC/29/46

Special Rapporteur on contemporary forms of *racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance*, Mutuma Ruteere

- A/HRC/29/46/Add.1, Addendum - Mission to the Republic of Korea
- A/HRC/29/46/Add.2, Addendum - Comments by the Republic of Korea

A/HRC/29/47

Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance on combating glorification of Nazism and other practices that contribute to fuelling contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance

A/HRC/29/50

Communications report of Special Procedures

A/HRC/29/51

Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while *countering terrorism*, Ben Emmerson

Berichte anderer MRR-(Sub)Organe

A/HRC/29/28

Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises

- A/HRC/29/28/Add.1, Addendum - Mission to Azerbaijan
- A/HRC/29/28/Add.2, Addendum - Report on the African Regional Forum on Business and Human Rights
- A/HRC/29/28/Add.3, Addendum - Identifying emerging approaches and lessons learned in corporate respect for human rights: reflections from discussions held at the 2014 Forum on Business and Human Rights
- A/HRC/29/28/Add.4, Addendum - Comments by Azerbaijan
- A/HRC/29/29, Summary of discussions of the Forum on Business and Human Rights - Note by the Secretariat

A/HRC/FBHR/2014/3

Summary of discussions of the *Forum on Business and Human Rights*, prepared by the Chair, Mo Ibrahim

A/HRC/29/40

Working Group on the issue of *discrimination against women in law and in practice*

- A/HRC/29/40/Add.1, Addendum - Mission to Chile
- A/HRC/29/40/Add.2, Addendum - Mission to Peru
- A/HRC/29/40/Add.3, Addendum - Mission to Spain
- A/HRC/29/40/Add.4, Addendum - Comments by Chile
- A/HRC/29/40/Add.5, Addendum - Comments by Peru
- A/HRC/29/40/Add.6, Addendum - Comments by Spain

A/HRC/29/44

2015 *Social Forum*

A/HRC/29/45

Working Group with the mandate of progressively negotiating a draft United Nations declaration on the *right to peace*

Berichte des OHCHR und des UN Generalsekretariats

A/HRC/29/3 / E/CN.6/2015/6

United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women on the activities of the *United Nations Trust Fund in Support of Actions to Eliminate Violence against Women*

A/HRC/29/18

Progress report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the feasibility of a global fund to enhance the capacity of stakeholders to *implement the Guiding Principles on Business and Human Rights*

A/HRC/29/19

Summary report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the outcome of the full-day discussion on specific themes relating to human rights and *climate change*

A/HRC/29/20

Compilation of good practices and major challenges in *preventing and eliminating female genital mutilation* - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/29/21

Operations of the *Voluntary Trust Fund for Participation in the Universal Periodic Review* - Report of the United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights

A/HRC/29/22

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the operations of the *Voluntary Fund for Financial and Technical Assistance in the Implementation of the Universal Periodic Review*

A/HRC/29/23

Update of report A/HRC/19/41 (on discriminatory *laws and practices and acts of violence against individuals based on their sexual orientation and gender identity*) - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/29/39

Progress report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on legal options and practical measures to *improve access to remedy for victims of business-related human rights abuses*

A/HRC/29/CRP.2

Initiatives taken by the United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights to raise awareness and promote the protection of the rights of *persons with albinism*

A/HRC/29/48

Chairperson of the Board of Trustees of the United Nations *Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights*

A/HRC/29/53

Secretary-General on measures taken to implement resolution 9/8 and obstacles to its implementation, including recommendations for further improving the *effectiveness, harmonization and reform of the treaty body system*

A/HRC/29/54

Group of independent eminent experts on the *implementation of the Durban Declaration and Programme of Action* -- Note by the Secretariat

I.3. Länderberichte

A/HRC/29/41

Special Rapporteur on the situation of human rights in *Eritrea*

A/HRC/29/42

Commission of inquiry to investigate all alleged violations of human rights in *Eritrea*

A/HRC/29/CRP.1

detailed findings of the commission of inquiry on human rights in *Eritrea*

A/HRC/29/CRP.3

Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the *Syrian Arab Republic*

A/HRC/29/52

International commission of inquiry to investigate all violations of international humanitarian law and international human rights law in the *Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem*, particularly in the occupied *Gaza Strip*, in the context of the military operations conducted since 13 June 2014

A/HRC/29/CRP.4

detailed findings of the Commission of Inquiry on the 2014 *Gaza Conflict*

A/HRC/29/43

Special Rapporteur on the situation of human rights in *Belarus*

A/HRC/29/49

Independent Expert on the enhancement of capacity-building and technical cooperation with **Côte D'Ivoire** in the field of human rights

I.4. Universal Periodic Review

Ergebnisse 21. UPR-Runde

A/HRC/29/4

Report Working Group Universal Periodic Review Kyrgyzstan

A/HRC/29/5

Report Kiribati

A/HRC/29/6

Report Guinea

A/HRC/29/7

Report Laos

A/HRC/29/8

Report Spanien

A/HRC/29/8/Add.1

Addendum - Views on conclusions and/or recommendations, voluntary commitments and replies presented by the State under review

A/HRC/29/9

Report Lesotho

A/HRC/29/10

Report Kenia

A/HRC/29/11

Report Armenien

A/HRC/29/12

Report Guinea-Bissau

A/HRC/29/13

Report Schweden

A/HRC/29/14

Report Grenada

A/HRC/29/14/Corr.1	Corrigendum
A/HRC/29/15	Report Türkei
A/HRC/29/16	Report Guyana
A/HRC/29/17	Report Kuwait
A/HRC/29/17/Add.1	Addendum - Views on conclusions and/or recommendations, voluntary commitments and replies presented by the State under review

I.5. Podiumsdiskussionen

- realizing the equal enjoyment of the right to education by every girl (HRC Res. 27/6)
- Annual full-day discussion on the human rights of women (HRC Res. 6/30, 23/25 and 26/15)
 - Eliminating and preventing domestic violence against women and girls
 - Women's human rights and participation in power and decision-making
- Biennial panel discussion on the issue of unilateral coercive measures and human rights (HRC res. 27/21 and Corr.1) - postponed to the 30th session (September 2015)
- effects of terrorism on the enjoyment by all persons of human rights and fundamental freedoms (HRC res. 28/17)

II. Resümee

Das Thema Klimawandel lässt den MRR zwar nicht los, zum Glück, aber nach wie vor sind die abwehrenden Kräfte mächtig genug, um eine kontinuierliche Befassung mit den Mechanismen des Rates zu verhindern. Die Philippinen und Bangladesch sind überdies nicht die dynamischsten Betreiber eines solchen Mandats. Kurios muten einzelne Abstimmungen zum Schutz der Familie und zur häuslichen Gewalt an (s. III), an denen sich Cuba, Bolivien oder Venezuela erst gar nicht beteiligten. Es darf vermutet werden, dass sie einen Spagat zwischen den Interessen der sonst gleich gesinnten Staatengruppe und der entgegengesetzten Erwartung (und Lebenserfahrung) in ihren nationalstaatlichen Kontexten üben.

Das Thema ‚Schutz der Familie‘ wird nun auch durch einen Bericht des OHCHR ausgewertet und im März 2016 im Rat erneut debattiert. Es besteht Hoffnung, dass dadurch – wie bei den Themen traditionelle Werte, Gender-Equality, LSGBT-Rechte oder Diffamierung der Religion – der Menschenrechtsansatz vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Geradezu obsessive Abwehr auch bei westlichen Staaten, Deutschland eingeschlossen, erzeugen mittlerweile die Vorschläge, Schulen und andere Bildungseinrichtungen von bewaffneten Angriffen und vom Missbrauch durch bewaffnete Akteure (staatliche eingeschlossen) auszunehmen (ehemals Lucen-Guidelines). Auch hier wird, ähnlich zum Klimawandel, hinter den Kulissen entschlossen ‚démarchiert‘.

III. Resolutionen und Entscheidungen

Resolutionen

(wenn nicht anders vermerkt, ohne Abstimmung angenommen)

29/1 The fiftieth anniversary of the adoption and the fortieth anniversary of the entry

into force of the International Covenants on Human Rights

29/2 Protection of the human rights of migrants: migrants in transit

29/3 Human rights and international solidarity

33:14:0

Dafür (33): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, , China, Congo, Côte D'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam

Dagegen (14): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA.

29/4 Elimination of discrimination against women

29/5 Elimination of discrimination against persons affected by leprosy and their family members

29/6 Independence and impartiality of the judiciary, jurors and assessors, and the independence of lawyers

29/7 The right to education

Abstimmung zum Ergänzungsantrag L.31; 9:22:16

Dafür (9): China, Bangladesh, India, Indonesia, Kazakhstan, Pakistan, Russian Federation, Saudi Arabia, USA

Dagegen (22): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Côte D'Ivoire, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Enthaltung (16): Algeria, Bolivia, Congo, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, Morocco, Namibia, Nigeria, Republic of Korea, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam.

Getrennte Abstimmung zur Präambel 8; Beibehaltung angenommen 30:0:17

Dafür (30): Albania, Algeria, Argentina, Botswana, Brazil, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Russian Federation, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Enthaltung (17): Bangladesh, Bolivia, China, Cuba, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Nigeria, Pakistan, Republic of Korea, Saudi Arabia, South Africa, USA, Venezuela, Viet Nam.

29/8 Strengthening efforts to prevent and eliminate child, early and forced marriage

29/9 Protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism

29/10 Human rights and the regulation of civilian acquisition, possession and use of firearms

41:0:6

In favour (41): Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte D'Ivoire, Cuba, El Salvador, Estonia, Ethiopia, Gabon, Germany, Ghana, India, Indonesia, Ireland, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Portugal, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam

Abstaining (6): France, Japan, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA.

29/11 The negative impact of corruption on the enjoyment of human rights

29/12 Unaccompanied migrant children and adolescents and human rights

29/13 Mission by the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights to improve human rights, accountability and reconciliation in South Sudan

29/14 Accelerating efforts to eliminate all forms of violence against women: eliminating domestic violence

Abstimmung über Ergänzung L.26; abgelehnt mit 13:24:7

Dafür (13): Bangladesh, China, Ethiopia, India, Indonesia, Maldives, Morocco, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates

Dagegen (24): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (7): Algeria, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Viet Nam.

Bolivia, Cuba und Venezuela stimmten nicht mit ab

Abstimmung über Ergänzung L.27; abgelehnt mit 13:23:7

Dafür (13): Bangladesh, Botswana, China, Ethiopia, India, Indonesia, Morocco, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates

Dagegen (24): Albania, Argentina, Brazil, Congo, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (7): Algeria, Côte D'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Maldives, Viet Nam.

Bolivia, Cuba, Mexico und Venezuela stimmten nicht mit ab

Abstimmung über Ergänzung L.28; abgelehnt mit 14:21:9

Dafür (14): Bangladesh, Botswana, China, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Maldives, Morocco, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates

Dagegen (21): Albania, Argentina, Brazil, Estonia, France, Germany, India, Ireland, Japan, Kazakhstan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (9): Algeria, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Namibia, South Africa, Viet Nam.

Bolivia, Cuba und Venezuela stimmten nicht mit ab

Abstimmung über Ergänzung L.29; abgelehnt mit 12:24:8

Dafür (12): Bangladesh, Botswana, China, Ethiopia, India, Indonesia, Morocco, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates

Dagegen (24): Albania, Argentina, Brazil, Congo, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (8): Algeria, Côte D'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Maldives, Nigeria, Viet Nam.
Bolivia, Cuba und Venezuela stimmten nicht mit ab

29/15 Human rights and climate change

29/16 The grave and deteriorating human rights and humanitarian situation in the Syrian Arab Republic

29:8:18

Dafür (29): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Côte D'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Against (8): Algeria, Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela

Enthaltung (18): Bangladesh, Congo, Ethiopia, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Namibia, Nigeria, Pakistan, South Africa, Viet Nam

29/17 Situation of human rights in Belarus

21:8:18

Dafür (21): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Maldives, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Dagegen (8): Bolivia, China, Cuba, India, Kazakhstan, Russian Federation, Venezuela, Viet Nam

Enthaltung (18): Algeria, Bangladesh, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Ghana, Indonesia, Kenya, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates.

29/18 Situation of human rights in Eritrea

29/19 The Social Forum

29/20 The incompatibility between democracy and racism

29/21 Situation of human rights of Rohingya Muslims and other minorities in Myanmar

29/22 Protection of the family: contribution of the family to the realization of the right to an adequate standard of living for its members, particularly through its role in poverty eradication and achieving sustainable development

29:14:4

Dafür (29): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, China, Congo, Côte D'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam

Dagegen (14): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, South Africa, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (4): Argentina, Brazil, Mexico, the former Yugoslav Republic of Macedonia

Abstimmung über Ergänzung L.37 / Antrag auf Nichtbefassung befürwortet 22:21:3

Dafür (22): Algeria, Bangladesh, Bolivia, China, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen (21): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Estonia, France, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung (3): Gabon, Sierra Leone, Viet Nam

Cuba stimmte nicht mit ab

Abstimmung über Ergänzung L.38; abgelehnt 18:23:5

Dafür (18): Albania, Argentina, Brazil, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, South Africa, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Dagegen (23): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, China, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, United Arab Emirates, Venezuela

Enthaltung (5): Gabon, Ghana, Kazakhstan, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Viet Nam

Cuba stimmte nicht mit ab

Abstimmung über Ergänzung L.40; abgelehnt 19:23:4

Dafür (19): Albania, Argentina, Brazil, Estonia, France, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, South Africa, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Dagegen (23): Algeria, Bangladesh, Bolivia, Botswana, China, Congo, Côte D'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, United Arab Emirates, Venezuela

Enthaltung (4): Gabon, Kazakhstan, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Viet Nam

Cuba stimmte nicht mit ab

29/23 Cooperation and assistance to Ukraine in the field of human rights

21:6:20

dafür (21): Albania, Botswana, Côte D'Ivoire, Estonia, France, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

dagegen (6): Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, Saudi Arabia, Venezuela

Enthaltung (20): Algeria, Argentina, Bangladesh, Brazil, Congo, El Salvador, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, South Africa, United Arab Emirates, Viet Nam

29/24 Capacity-building and technical cooperation with Côte D'Ivoire in the field of human rights

29/25 Ensuring accountability and justice for all violations of international law in the

Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem

41:1:5

Dafür (41): Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia (Plurinational State of), Botswana, Brazil, China, Congo, Côte D'Ivoire, Cuba, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ghana, Indonesia, Ireland, Japan, Kazakhstan, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Nigeria, Pakistan, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Venezuela, Viet Nam

Dagegen (1): USA

Enthaltung (5): Ethiopia, India, Kenya, Paraguay, the former Yugoslav Republic of Macedonia

Präsidenten-Statement

PRST 29/1 Enhancing the efficiency of the Human Rights Council

Entscheidungen

UPR

29/101	Ergebnis: Kirgistan
29/102	Ergebnis: Guinea
29/103	Ergebnis: Laos
29/104	Ergebnis: Spanien
29/105	Ergebnis: Lesotho
29/106	Ergebnis: Kenia
29/107	Ergebnis: Armenien
29/108	Ergebnis: Guinea-Bissau
29/109	Ergebnis: Schweden
29/110	Ergebnis: Grenada
29/111	Ergebnis: Türkei
29/112	Ergebnis: Kuwait
29/113	Ergebnis: Kiribati
29/114	Ergebnis: Guyana

Berufung neuer Mandatsträger/innen

* **Ikponwosa ERO (Nigeria)**, Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism

* **Mónica PINTO (Argentina)**, Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers

* **Joseph CANNATA CI (Malta)**, Special Rapporteur on the right to privacy

* **Dubravka ŠIMONOVIC (Kroatien)**, Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences

* **Leigh TOOMEY (Australien)**, Member from the Western European and other States Group for the working group on arbitrary detention

* **Tae-Ung BAIK (Südkorea)**, Member from Asia-Pacific States of the working group on enforced or involuntary disappearances